

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1898

26.2.1898 (No. 56)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 26. Februar.

№ 56.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsru. Ztg.“ — gestattet.

1898.

Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 12. Februar d. J. gnädigst geruht, den Kanzleirath Karl Hochschild beim Verwaltungshof auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treugeleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen und den Expediteursassistenten Adam Müller daselbst zum Registrator beim Verwaltungshof zu ernennen.

Mit Entschliebung Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 22. Februar 1898 wurde Aktuar August Freymüller beim Amtsgericht Schwetzingen zum Registrator beim Amtsgericht Baden ernannt.

Durch Entschliebung Großh. Steuerdirektion vom 23. Februar d. J. wurde Resident Albert Karl bei der Katasterkontrolle der Steuerdirektion mit der Vernehmung des Dienstes des Großh. Steuerkommissärs für den Bezirk Mühlheim betraut.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 17. Februar d. J. wurde Expeditionsassistent Jakob Berger in Graben-Neudorf nach Bruchsal versetzt.

Nicht-Ämtlicher Theil.

Die Marinevorlage vor der Budgetkommission des Reichstags.

(Ausführlicher Bericht.)

Die Budgetkommission begann gestern mit der Vorberatung des Gesetzentwurfs, betreffend die deutsche Flotte. Als Vertreter der Regierung nahmen an der Beratung Theil seitens der Marineverwaltung: Staatssekretär des Reichsmarineamts, Contreadmiral Büchel, Korvettenkapitän Paschen, von Heering, Capelle, Kapitänlieutenant Dähnhardt, Bödiger, Winkl. Geh. Admiralitätsrath, Departementsdirektor Perels, Geh. Admiralitätsrath Klein, Winkl. Admiralitätsrath Koch; seitens anderer Reichsämter: Staatssekretär Graf v. Polakowski, Staatssekretär Frhr. v. Thielmann und Geh. Oberregierungsath Plat.

Nach Eröffnung der Sitzung ergriff das Wort der Referent Abg. Dr. Lieber zunächst zur Generaldiskussion, indem er für die spätere Spezialdiskussion zwei Redungen vorschlug. Vor Eintritt in die Verhandlung des Gegenstandes wurde eine Besprechung der eingegangenen Petitionen in Aussicht genommen und für die Verhandlung selbst eine Zerlegung des Materials in drei Gruppen vorgeschlagen. Die erste Gruppe sollte das Materielle der Vorlage umfassen; als zweite Gruppe wird die Form der Vorlage, die Gesetzesform selbst, benannt, mit der besondern Erörterung, ob dem Gesetz eine Erfüllungsfreiheit beizufügen sein würde; als dritte Gruppe sollte sodann die Frage der Kostendeckung erörtert werden. Nachdem dieser Weg der Verhandlung die Genehmigung der Versammlung gefunden hatte, wurde zunächst in eine Besprechung der Petitionen eingetreten. Der Referent konstatierte, daß der größte Theil der Petitionen sich für die Vorlage ausspreche. Es seien in diesem Sinne 165 Petitionen, und zwar 115 aus Deutschland, der Rest aus dem Auslande eingegangen. Von einem näheren Eingehen auf den Inhalt der Petitionen wird abgesehen, nachdem der Referent betont hatte, daß sie im wesentlichen gleichlautend ihre Sympathie für die Vorlage zum Ausdruck brächten. Der Referent Dr. Lieber begann sodann die sachliche Erörterung des Gegenstandes, indem er es für richtig hielt, thunlichste Objektivität in Aussicht zu stellen, um sich vor Mißdeutungen von irgend einer Seite zu sichern; seine Stellung als Abgeordneter im Plenum werde durch diese Berichterstattung selbstverständlich nach keiner Seite hin gebunden, auch bitte er, die Schlagworte von der nicht nationalen Gesinnung und der mangelnden Vaterlandsliebe etwaiger Gegner dieser Vorlage aus der Diskussion durchaus auszuschließen. Zu der Frage der materiellen Nothwendigkeit der Vorlage in Bezug auf das Schiffsmaterial und die Personalvermehrung bemerkte Referent zuvor, daß sich dieselbe wesentlich von allen ihren Vorgängerinnen unterscheide, und zwar insofern, als sie zum erstenmale sich auf den Standpunkt einer organischen Entwicklung der Flotte stelle. Frühere Denkschriften hätten wohl den Zweck der Marine angedeutet, aber nicht den Weg bezeichnet, auf dem man die erstrebten Ziele erreichen wolle. Es werde hier die formirte Schlachtflotte zum erstenmale als ein wesentlicher Bestandtheil der Marine bezeichnet, wenn auch das Wesen der Formation vielleicht aus Rücksicht auf das Ausland nicht näher erörtert sei und man sich auf die Benennung ihrer Bestandtheile beschränkt habe. Diese Schlachtflotte, das Minimum des Nothwendigen, solle der Verteidigung der vaterländischen Küsten dienen und verlasse so den

alten Grundsatz, »die deutschen Küsten verteidigen sich selbst«, den auch die Marineverwaltung früher vertreten habe; außerdem solle die formirte Flotte in lebendiger Verteidigung der Küsten jeden Feind von denselben fernhalten und jede Blockade derselben verhindern. Die Vorlage bemerke hierzu, daß die verlangte Flotte zwar das Minimum, gleichzeitig aber auch das Maximum darstelle, indem ein Admiral eine größere Zahl von Schiffen nicht übersehen und im Gefecht leiten könne. Neben der Schlachtflotte fordere die Vorlage eine erhöhte Indiensthaltung des Materials, die sich gleichmäßig in das organische Gefüge des Ganzen hineinpaße; sie führe aus, daß das verlangte Maß von Indiensthaltungen nothwendig sei, um die Schlagfertigkeit der Flotte im Gebrauchsfalle zu gewährleisten; hieraus ergebe sich mit Nothwendigkeit die verlangte Personalvermehrung. Dieser Plan enthalte in sich die Forderung, ihn ganz oder gar nicht anzunehmen, denn eine Ausschaltung eines Theiles derselben werde sich schwerlich als thunlich erweisen; insofern gestatte die Vorlage auch keinen Vergleich mit der früheren »Aera der Versuche«, sondern stelle einen Abschluß dar, und hiermit werde man sich abzufinden haben ohne einen Rückblick auf die früheren Schwankungen. Als nützenswerth erklärte Referent nähere Aufklärungen von Seiten des Staatssekretärs, auf welche Weise man innerhalb der Verwaltung zu dem Ergebnisse gekommen sei, daß die Versuche nun beendet und klare Ziele für die Zukunft vorgezeichnet seien.

Staatssekretär Tirpitz erläuterte die Bedeutung der Schlachtflotte; mit Recht habe Referent den Küstenschutz im Sinne der lebendigen Verteidigung als den wahren und hauptsächlichsten Zweck der Schlachtflotte bezeichnet. Nähere Erläuterungen über das Material und die speziellen Aufgaben der Schlachtflotte könne er nur ganz vertraulich geben. — Nach Beendigung der vertraulichen Ausführungen über die Aufgaben der Schlachtflotte bemerkte Staatssekretär Tirpitz, daß mit Recht Abg. Lieber die Aera der Versuche als abgeschlossen bezeichnet habe, daß aber auch, was er über das Ergebnis dieser Versuche zu sagen habe, streng vertrauliche Behandlung erfordere. Nachdem auch dieses Material der Kommission vorgebracht worden, wurde aus dem Schoße derselben noch eine nähere Begründung des vermehrten Maßes der Indiensthaltung gefordert. Staatssekretär Tirpitz erklärte, daß sich dieses eben aus der organischen Durchbildung und Verwendung der Schlachtflotte ergebe; das geforderte Maß folge hauptsächlich aus der Nothwendigkeit, gegen einen plötzlichen Ausbruch von Feindseligkeiten gerüstet zu sein und hinter dem Schutze dieser vorläufigen Küstung die ordnungsmäßige Mobilmachung durchzuführen.

Auf Wunsch des Abg. Dr. Hamacher äußerte sich Staatssekretär Tirpitz noch über den derzeitigen Stand der Frage der Torpedoboote und Torpedobootzerstörer. Auch diese Erklärungen wurden indessen von dem Herrn Staatssekretär als vertrauliche bezeichnet. Hieran anschließend, gab Staatssekretär Tirpitz Auskunft über die Bedenken, welche aus der technischen Seite der Frage in der Deffinitivität geltend gemacht wurden. Die Umwälzung habe begonnen mit der Unabhängigmachung der Schiffe vom Wind, sie habe sich fortgesetzt durch die größere Verwendbarkeit des Eisens im Vergleich zum Holze und durch die Nothwendigkeit, die Schiffe gegen den Unterwasserangriff zu schützen. Diese technischen Umwälzungen hätten taktische Unsicherheiten nach sich gezogen; nachdem aber jetzt die Marinen aller Nationen die Erfahrungen sich gemissermaßen gleichmäßig zunutze gemacht und man überall ziemlich gleichartige Schiffe baue, während Änderungen von grundlegender Bedeutung nirgends mehr in Aussicht stünden, sei man berechtigt, jetzt von einem Stadium der Ruhe zu reden, wie dies in der Begründung der Vorlage geschehen sei. Diese Erklärungen, an welche sich eine Reihe von Einzelfragen knüpfte, schlossen damit ab, daß das gepanzerte Linienschiff nach dem jetzigen Stande der Technik der gegebene Typus eines Schlachtsschiffes sei und daß es nicht zu verantworten sein würde, andere Schiffstypen in den Kampf zu führen. Die weiteren Erörterungen über die Unverletzlichkeit der Schiffe gegen den Unterwasserangriff, den Schutz gegen Minensperren, über das Dreischraubenystem u. s. w. gaben nur Bekanntes wieder.

Abg. Prinz Arenberg fragt an, ob zu gewärtigen sei, daß ein künftiger Krieg zur See andere Ergebnisse bringen werde, als die des Krieges von 1870/71.

Staatssekretär Tirpitz: Die französische Flotte habe 1870 nicht gewußt, was sie wolle, sie sei weder entsprechend gerüstet, noch organisiert gewesen, man sei aber durchaus sicher, daß dieses jetzt anders sei. Die Frage der Bedeutung Helgolands in einem künftigen Kriege gab Anlaß zu einer Geschäftsordnungsdebatte über die nothwendige Geheimhaltung der Verhandlung; die Debatte hierüber führte zu dem Ergebnisse, daß die Erörterung der Frage fallen gelassen wurde. Hiermit war die Generaldiskussion beendet.

Abg. Dr. Lieber präzisirte das Ergebnis derselben dahin, daß seine Stellungnahme zu der Vorlage von den Vertretern der Regierung als zutreffend bezeichnet, und er nun wohl über das Wesentliche der Vorlage hinlänglich in-

(Mit einer Beilage.)

formirt worden sei. Den vertraulichen Erklärungen des Staatssekretärs lag ein reiches Material an Karten und Dienstvorschriften zu Grunde.

Die Abgg. v. Bennigsen, v. Massow und Frese erklärten sich ausdrücklich mit den Ausführungen des Abg. Dr. Lieber über das Ergebnis der Verhandlungen einverstanden. Nur Abg. Richter hat noch, aus seinem Schweigen zu diesem Theil der Erörterungen keinen Schluß auf seine Stellungnahme zur Sache zu ziehen; die bisherige Besprechung habe lediglich informativem Charakter gehabt, und wenn er auch mit der ganzen geschäftlichen Behandlung der Sache nicht einverstanden sei, so sei er doch damit zufrieden, daß dieser Theil des Gegenstandes zunächst auch für ihn erledigt sei; seines Erachtens hätte man das Materielle erst besprechen sollen, nachdem man sich über den formellen Theil der Frage einigt.

Nächste Sitzung: Samstag, 26. Februar.

Der Fall Zola vor der französischen Deputirtenkammer.

Paris, 24. Februar.

Der Vorliegende Brisson theilt mit, daß er zwei Gesuche um Interpellationen erhalten hat, die erste von Hubbard (radikal) über die Erklärungen, die zwei Generale in dem Prozeß Zola abgegeben haben, die andere von Gautier de Clagny (Rechte) über die Maßregeln, welche die Regierung zu treffen gedenkt, um die Treibereien der Verteidiger Dreyfus' zu unterdrücken. (Beifall.) Der Vorliegende erinnert daran, daß die Kammer beschloffen hat, die von Beauregard und Castelin angemeldeten Interpellationen über den Fall Dreyfus nach dem Wahrspruch der Geschworenen erörtern zu lassen. Welchen Tag schlägt die Regierung für die Besprechung vor?

Ministerpräsident Méline: Die Regierung verlangt die sofortige Besprechung.

Das Haus beginnt mit der Interpellation Hubbard's. Der Antragsteller führt aus, es seien in dem Zola-Prozeß Zwischenfälle vorgekommen, die nichts Juridisches hätten. Haben die Offiziere auf Anweisung des Kriegsministers gehandelt, als sie in diesem Prozeß die bekannte Haltung einnahmen, nachdem sie sich zuerst in das Amtsgeheimniß gehüllt hatten. Ihr Eingreifen war von keiner der Parteien gewünscht worden. Das Parlament habe die Pflicht, sich über eine solche Lage zu beunruhigen. Der Generalstab habe nicht das Recht, sich in bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zu mischen. Man will einen neuen Boulangerismus vorbereiten.

Glavis Hugues: Ohne Boulanger (Lachen) ist es zulässig, daß diejenigen, die Hochrufe auf die Republik ausbringen, durch die Polizei mißhandelt werden und daß der Ruf auf die Armee von den Gegnern der republikanischen Ordnung gepacktet wird. Die Regierung müsse erklären, daß sie nicht gestatte, daß die Macht der Gewählten der Nation geschwächt werde. Es ist Zeit, zu einer wahren republikanischen Politik zurückzukehren.

Viviani (Soz.): Die sozialistische Partei mag getheilte Meinung über den Zola-Prozeß sein, allein sie ist einstimmig, um die Vorkherrschaft der bürgerlichen über die militärische Gewalt zu verlangen. Wenn die Sozialisten auch die Fehler der Führer der Armee tadeln, so bewahren sie doch dem nationalen Heer ihr ganzes Vertrauen und ihre Achtung. (Beifall.) Wir haben es erlebt, daß ein sehr christlicher Prinz die Hand eines Majors drückte, der zum mindesten schuldig ist, einen abgefeulichten Brief geschrieben zu haben. Major Rabari habe erklärt, daß die militärische Justiz nicht dieselbe sei, wie die bürgerliche. Wie denkt die Regierung darüber? Die Generale sind nicht die Herren, sondern die Diener des Staates. Wenn die Regierung eine derartige Lage dulde, werden wir bald eine durch den Säbel eingeschüchterte Republik haben.

Kabinettschef Méline: Nach der militärischen hat die bürgerliche Justiz gesprochen; sie hat verkündet, daß die Richter des Kriegsgerichts Ehrenmänner sind, die nur ihrem Gewissen gehorcht haben. So hat der Prozeß damit geendet, daß diejenigen niedergeschmettert sind, die sich geschmeichelt hatten, daß sie sich über die Gesetze des Landes stellen dürften. Man fragt, ob der Kriegsminister das Auftreten der ihm untergebenen Generale vor Gericht gebilligt hat, aber man vergißt, daß es vor der Justiz keine Untergebenen des Kriegsministers gibt, sondern nur Zeugen, die von Niemandem Befehle zu empfangen haben. Gewiß, die Generale haben sich zuweilen etwas weiter fortreiben lassen, als nöthig gewesen wäre, aber sie wurden dazu gedrängt durch die Haltung, welche die Verteidiger ihnen gegenüber einnahmen. Man hat Vorwürfe gegen den General Boisdeffre erhoben. Gewiß, er hat vielleicht ein Wort zuviel gesagt, aber man denke auch an die abscheulichen Anklagen, deren Gegenstand er wochenlang gewesen ist, und man frage sich, was angesichts solcher Anklagen in einem Soldatenherzen vorgehen mußte. Man unterschreibt unseren Offizieren allerlei dunkle Verschwörungspäne gegen unsere republikanischen Einrichtungen, aber die französische Armee kann nicht mehr das Werkzeug eines einzelnen Mannes sein. Es gibt keinen Offizier, der fähig wäre, von einem Attentat gegen das Land zu träumen. Höhere Offiziere haben ganz andere Träume. Es ist ausgemacht, daß, wenn nach dem gestrigen Verdict die Agitation fortbauern würde, sie sich dadurch selbst als Agitation in partikularem Interesse stempeln würde. Im Innern hat das Leben der Nation stillgestanden. Im Auslande hat ein Theil der ausländischen Presse alles Schlechte aufgelesen, was wir von uns sagten. Es wird stets die größte Strafe sein für diejenigen, die schlecht von Frankreich reden, daß sie den Beifall des Auslandes erhalten. Der Schluß, der sich aus dem Allem ergibt, ist der: Es ist Zeit, daß dies Alles endlich aufhört. Die Regierung steht vor einer Wunde, die sie zum Bernarben bringen will. Sie wird Allen den Frieden auferlegen, sie wird die disziplinarischen Maßnahmen ergreifen, die durch die Umstände erfordert werden. Von morgen an kann Niemand mehr seinen guten Glauben verifizieren,

wenn er den Kampf noch fortsetzt. Die Regierung wird die Gesetze anwenden, über die sie verfügt, und wenn diese Waffen ungenügend sind, wird sie andere verlangen.

Hg. Cabaignac, der frühere Kriegsminister, sagt: Jedermann sucht jetzt nach Persönlichkeiten, denen man die Verantwortung für alles, was geschehen sei, aufbürden könne. Méline hätte den Kriegsminister vor's Schwurgericht fordern sollen, damit wäre er des allgemeinen Beifalls des Landes sicher gewesen. So hat Billot nur untergeordnete Beamte geschickt und damit nichts erreicht. Der ganze Zola-Prozess hat bewiesen, daß mehrere Parteien darauf hinarbeiten, die Republik in ihren Grundfesten zu erschüttern. Frankreich aber muß eine starke Armee haben, die unter der Zivilgewalt steht. Dieser Gegensatz zwischen Republik und Armee ist unheilbar. (Beifall links.) Von den dem Präsidenten vorgelegenen Tagesordnungen erklärt Méline, diejenige Cavertjous annehmen zu wollen, die ein Vertrauensvotum für die Regierung wegen ihrer Haltung im Zola-Prozess beantragt.

Hg. Girardet bringt folgende Tagesordnung ein: Die Kammer betont den engen Zusammenhang zwischen der Republik und der Armee, achtet die Autorität der res judicata, ist entschlossen, die Gewissensfreiheit und die Einigkeit des Vaterlandes vor den religiösen Parteizwistigkeiten zu schützen und fordert die Regierung auf, wieder zu den demokratischen Ueberlieferungen zurückzukehren. Für diese Tagesordnung wird der Vorrang mit 337 gegen 167 Stimmen abgelehnt.

Die Radikalen Lockroy und Dujardin bringen eine Tagesordnung ein, welche die enge Verbindung der Republik und der Armee, sowie den Respekt für das ergangene Urteil erklärt und verlangt, die Regierung solle die demokratische Tradition wieder aufnehmen, indem sie die Einigkeit des Vaterlandes und überhört von den religiösen Streitigkeiten erhält. Auf Verlangen der Regierung wird diese Tagesordnung abgelehnt mit 337 gegen 164 Stimmen.

Die Sozialisten bringen eine Tagesordnung ein, welche verlangt, die Regierung solle Repressivmaßnahmen ergreifen gegen das disziplinwidrige Verhalten gewisser Militärs und solle die Unterordnung der militärischen Gewalt unter die Zivilgewalt sichern. Sie wird auf Verlangen der Regierung abgelehnt mit 379 gegen 89 Stimmen.

Die Opportunisten Perrier und Cavertjous beantragen eine Tagesordnung, welche die Erklärungen der Regierung billigt. Sie wird angenommen mit 416 gegen 57 Stimmen.

Die Boulangisten Habert und Gauthier beantragen einen Zusatz zu dieser Tagesordnung, worin die Kammer der nationalen Armee und der Loyalität ihrer Chefs Anerkennung ausdrückt. Méline erklärt diesen Zusatz für überflüssig, da bereits die Regierung unter dem Beifall der ganzen Kammer die Loyalität der Chefs der Armee anerkannt habe. Nach dieser Erklärung wird der Zusatzantrag zurückgezogen.

Der Boulangist Castellin interpelliert die Regierung, was sie gegen die Mitglieder des „Dreyfus-Syndikats“ zu unternehmen gedenke, die heute in der Presse die Absicht ankündigten, die Campagne fortzusetzen.

Méline erklärt, die Regierung werde alle Verantwortlichkeiten feststellen lassen.

Boulangist Ernest Roche interpelliert den Kriegsminister über die Schritte, die in seinem Namen der Armeespektor Martini im Anfang der Dreyfus-Campagne bei der Familie Dreyfus getan habe. Roche sagt, er sei in patriotischer Gesinnung mit den Kriegsgerichten, wenn diese über die Verräter richten, verfluche aber die Kriegsgerichte, wenn sie über die Kinder des Volkes richten und arme Soldaten durch Todesurtheile mordeten.

Präsident Brisson erklärt, die Armee stehe über solchen Beschimpfungen und erteilt Roche einen Ordnungsruf.

Kriegsminister Billot erklärt, er würde seiner eigenen Würde zu nahe treten, wenn er sich dazu erniedrigen wollte, die insamen Anschuldigungen zu dementieren, die man sogar auf der Kammertribüne gegen ihn vorgebracht habe. Er habe Niemanden jemals beauftragt, die Familie Dreyfus aufzusuchen. Man habe ferner behauptet, er sei ein Gefangener Reinachs und Scheurer-Kestners, aber General Billot hänge von Niemanden ab, von keiner Partei und keiner Clique. Er sei stets den geraden Weg gegangen.

Die Interpellation Roche über das Verhalten des Kriegsministers wird auf Verlangen der Regierung mit einfacher Tagesordnung geschlossen, die mit 428 gegen 54 Stimmen angenommen wurde.

Finanzielle Rundschau.

Frankfurt, 24. Februar.

Ludwig Börne, der große Frankfurter, war ein glühender Patriot, dessen Vaterlandsliebe aber zu ihrer Keuherung und Behütung der Gefühle des Hasses gegen die Angehörigen anderer Nationen nicht bedurfte. In seinen Schriften, den „Pariser Briefen“ und namentlich dem „Wenzel der Franzosenfresser“, seinem politischen Testamente, trat er unablässig mit hinreißender Beredsamkeit für die Freundschaft und Eintracht zwischen den Nationen ein. Nicht diese seien Träume, der Haß und der Krieg würden dereinst als Träume erkannt werden, aus denen die Völker einmal erwachen werden. — Seitdem sind sechszig Jahre vergangen. Ungefähr ein halbes Jahrhundert nach dem Erscheinen dieser Schrift Ludwig Börne's hat Kaiser Wilhelm II. den Thron bestiegen, der seit dem Beginn seiner Regierung unablässig auf die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich hinarbeitete und manche Gelegenheit zu erfassen wußte, in ritterlicher Weise an die edlen Seiten des französischen Volkes zu appellieren. — Bei den Erscheinungen der letzten Wochen sind diese edlen Seiten nur als Eigenschaften einer Minderheit hervorgetreten und die Regungen, Gedanken und Wünsche der französischen Volksmassen haben, wie sie in dem großen Prozesse hervortraten, der Welt Dinge enthüllt, deren Kenntnis nützlich und notwendig zum Schutz vor größeren Gefahren ist. Wie ein rother Faden zieht sich durch die ganzen Vorgänge der letzten Wochen die Feindseligkeit der Franzosen gegen Deutschland, die Leichtigkeit, mit der dort der Revanchegedanke zu entzündender Wirkung gebracht werden kann. Die Hofnung Börne's klingt heute schmerzlicher als je. Die Haltung unserer maßgebenden Kreise gegenüber Frankreich wird ja keine Veränderung erfahren, aber man wird nun wohl allgemein zu der Erkenntnis gekommen sein, daß es notwendig ist, gegenüber einem Lande, dessen Regierung sich so machtlos gezeigt hat, auf der Hut zu sein. Bis weit in die Kreise der Oppositionsparteien hinein wird und muß man erkennen, daß alle anderen Rücksichten in den Hintergrund zu treten haben, wenn es sich um die Sicherung unserer Wehrkraft handelt. Die Franzosen hätten nicht kräftiger für unsere Marineborlage arbeiten können, als sie es gethan haben.

Auch noch in anderer Hinsicht hat die Haltung der französischen Regierung und der dortigen Justiz den deutschen Interessen genügt. Wer in den letzten Wochen das Gäßchen hat, der konnte die Wahrnehmung machen, daß Viele, die seit dem

Kriege von 1870 unterfölnlich geblieben waren und immer noch Frankreich hinüber sahen, bekehrt worden sind und heute ihrer Freude darüber Ausdruck geben, daß sie nicht mehr zu jenem Lande gehören. Mehr als irgend Etwas, was seit Dezennien geschehen ist, haben diese Vorgänge zur moralischen Wiedergeborener des Giffasses für Deutschland beigetragen.

Wenn man nun meinen sollte, daß diese Erörterungen eigentlich in einer finanziellen Rundschau nichts zu suchen hätten, so ist dem entgegenzuhalten, daß überhaupt gar nichts so sehr das Interesse des Geldmarktes beherrschte, als die Erwägungen, die an dieses Thema geknüpft wurden. Es lastete ein starker Druck auf den deutschen Börsen, der unverkennbar mit den Sorgen zusammenhing, denen man sich nach dieser Richtung hingab.

Von finanziellen Ereignissen ist in erster Linie der Abschluß der neuen chinesischen Anleihe im Betrage von 16 Millionen Pfund Sterling zu 4 1/2 Proz. zu erwähnen, der in dem Augenblick zu Stande kam, als offizielle Meldungen vorlagen, nach denen die Verhandlungen gescheitert seien. Man darf die Bedeutung dieser neuen Anleihe hoch anschlagen, zumal es unzweifelhaft als feststehend zu betrachten ist, daß die abschließenden Finanzgruppen dafür gesorgt haben, daß auch der Industrie der geldgebenden Länder der Erlös der Anleihe zu fließen kommen wird. Ein anderes Finanzprojekt, von dem in der letzten Zeit viel gesprochen wurde, ist die Konvertirung der rumänischen Obligationen in Berlin in Anleihen zu nehmen ist. Die Anleihe dieser Gesellschaft wurden infolge eines Motivs mehr persönlicher Natur stärker von der Spekulation gekauft. Der plötzliche Tod des maßgebenden Chefs der Bankfirma S. Meißner in Berlin, des Geh. Kommerzienraths J. Schwabach, gab zu Kombinationen Anlaß, wonach nun die genannte Bankfirma nicht mehr weiter betrieben würde, sondern an die Diskontogesellschaft übergeben dürfte. Nach unserem Dafürhalten ist aber solche Voraussetzung als gänzlich grundlos anzusehen, zumal testamentarische Bestimmungen vorliegen, wonach das Bankhaus noch auf geraume Zeit in der bisherigen Weise weiter betrieben wird.

Auf dem Bankmarkt war die Haltung anfangs schwach. Vorübergehend wirkte hier wie auch auf anderen Gebieten der Konflikt zwischen Frankreich und England in Westafrika verstimmend ein. Dann rief die Nachricht von dem Abschluß der chinesischen Anleihe, der bevorstehenden Konversion der rumänischen Obligationen und die Aussicht auf verschobene neue Finanzgeschäfte Deckungsbedürfnis und Kauflust hervor, so daß die Preise sich durchweg etwas höher stellten. Oesterreichische Kreditaktien in guter Nachfrage. Die Bilanz der Kreditanstalt war ohne besondere Erregung erwartet worden und die Verfindung der Dividende von 17 Gulden rief keinerlei Veränderung hervor. Die Zeiten, in denen die Massen ihr Interesse auf die Aktien dieser Bank konzentriert hatten und das Erscheinen der Bilanz eine Haupt- und Staatsaktion war, sind schon lange vorbei.

In deutschen Eisenbahnwerthen hielt das Geschäft sich in engen Grenzen. Im Verlaufe trat mäßige Aufwärtsbewegung dafür ein. Oesterreichische Bahnen mehrfach schwach. Vorhanden etwas fester auf Anzeichen, aus denen man folgern zu können glaubt, daß die Konversion der syrischen Obligationen in ein reiferes Stadium getreten sei. Behaltensmäßig ruhig war der Verkehr in schweizerischen Eisenbahnaktien, was um so bemerkenswerther erscheint, als die Volksabstimmung für die Verstaatlichung ein Mehreres ergab, die auch die künftigen Erwartungen übertraf, 384 000 Stimmen haben sich für und nur 177 000 gegen dieselbe ausgesprochen. Selbst in einzelnen westschweizerischen Kantonen hat der Verstaatlichungsgebanke ungedacht aller Anstrengungen der Opposition sich stetig geltend gemacht. Es hätte nun leicht die Muthmaßung entstehen können, daß ein so großer Erfolg der Regierung diese für friedliche Verhandlungen mit den Gesellschaften noch unangünstiger als bisher machen würde und daß den Aktionären noch schlimmere Tage in Aussicht ständen. Inzwischen hat die öffentliche Meinung, wie sie sich in den Berichten abspiegelt, von solcher Auffassung nichts erkennen lassen. Wohl trat ein Rückgang ein, aber in Anbetracht der Umstände mußte dieser als unerheblich angesehen werden. Auch blieben die Preise weit über dem Stande, der den Regierungsberechnungen entprochen hätte. So ist hieraus die unerschütterliche Ueberzeugung zu erkennen, daß schließlich, sei es auf dem Prozeßwege, sei es auf dem der freiwilligen Verfindung sich ein Preisstand ergeben wird, der weit über die bundesrätlichen Berechnungen hinausgehen dürfte. Namentlich gilt dies von den Nordostaktien, die sich reger Nachfrage erfreuten. Erst bei Ausgange der Berichtsperiode trat dafür starker Rückgang ein, für welchen indessen die aus der Schweiz selbst vorliegenden Kurse keinen Anlaß boten. Vielmehr wurde die Ermattung durch Berliner Verkäufe veranlaßt und hing offenbar mit dem Umstande zusammen, daß bei der Prämienklärung große Stillageoperationen einen anderen Ausgang nahmen, als man vorzuzug erwartet hatte, und zu umfangreichen Verkäufen Anlaß boten. So trat an der Donnerstagsbörse ein Rückgang der Nordostaktien bis auf 100 Proz. ein. Verglichen mit dem vorwöchentlichen Preise blieben diese Aktien aber schließlich 5 Proz. zurück. Ferner verloren Gotthard 1/2, Prozent und Central 1/2, Proz., während Jura und Union behauptet blieben. Italienische Bahnen zeigen gute Haltung und werden weiter vom Inlande gekauft. Dagegen ist die Stimmung für amerikanische Bahnen, sowohl für Northern als Canada Pacific eine matte gewesen. Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß seitens der amerikanischen Fiskalische unangünstige Manipulationen jetzt mehr Aussicht auf Verwirklichung hätten als früher, nachdem sich die Aktien der amerikanischen Bahnen zu so großem Theil in europäischen Händen befinden.

Luxemburger Prince Henri-Aktien fielen. Die Dividende ist auf 21 Francs gegen vorjährige 17 Francs festgesetzt worden.

Auf dem Bondsmarkte beherrschten mexikanische Werthe das Interesse und die Syris, besonders sind während der letzten Tage in namhaften Beträgen gehandelt worden. Das Publikum in Süddeutschland zeigt diesen Obligationen gegenüber fortgesetzte Kauflust. Mexikanische Goldobligationen weiter gefragt. Griechische Anleihen etwas schwächer. Argentinische nach mehrfachen Schwankungen fest. Ungarische Renten konnten anziehen, namentlich sind Ungarische Goldrente höher bezahlt worden, was zum Theil aber wohl auch auf Vorbereitungen zum Zusammenhängen, zum Theil aber wohl auch auf Vorbereitungen für die Emission der Investitionsanleihe zurückzuführen ist. Russische Fonds viel gefragt. Spanien von Paris aus abgegeben auf unangünstige Gerüchte über die Finanzlage schließen matt, trotzdem dieses Gerücht in Abrede gestellt wurde. Italienische Fonds fortwährend vom Heimatlande gekauft. Türkische Werthe ziemlich fest.

Auf dem Bergwerkaktien-Markte war das Geschäft ruhig. Die Contremine arbeitete anfangs wieder mit allerlei unangünstigen Ausstreunungen, später aber konnten sich Besserungen vollziehen und der Abschluß der chinesischen Anleihe hat auf das Gebiet animierend eingewirkt. Wesentliche Änderungen gegen die vorwöchentlichen Preise sind nicht zu verzeichnen.

Von sonstigen Industriewerthen sind sowohl Elektrizitätsaktien, als auch chemische Aktien diesmal etwas schwächer. Es verloren Allgemeine Elektrizitätsaktien 3 Proz., Internationale Wien 1 1/2, Proz., Schudert 1/2, Proz., ferner Chemische Fabrik Griesheim 4 1/2, Proz., Chemische Fabrik Golbenberg 2 1/2, Proz., Cementwerke Heilberg 8 1/2, Proz., Deutsche Gold-

und Silber-Scheideanstalt 6 Proz. und Niederrheinische Leberfabrik Spier 6 Proz. Dagegen sind Akkumulatorenwerk Volla 8 Proz. und Kleber Aktien 2 Proz. höher. Die Subskription auf die Aktien der Rheiniger Elektrizitätswerke, die erst vor wenigen Wochen in's Leben gerufen worden, hat einen großen Erfolg. Die Gesellschaft ist von der Bank für elektrische Industrie in Berlin gegründet, deren Aktien demnächst auch dort und hier an den Markt kommen werden. — Die Ermäßigung des Reichsbankdiskontos auf 3 Proz. machte, da sie erwartet worden war, keinen Eindruck. — Privatdiskont 2 1/2, Proz.

Nachstehend unsere Wochentabelle.

	17. Febr.	24. Febr.
3 1/2% Deutsche Reichsanleihe	103.90	103.90
3% „ „	97.30	97.20
3 1/2% Preussische Konfols	104.—	103.90
3% „ „	98.20	98.05
abg. 3 1/2% Badische Obl.	102.25	102.25
3 1/2% „ „ v. 1886	102.60	102.20
3 1/2% Badische Obl. v. 1892 und 1894	103.40	103.90
Ungarische Goldrente	103.60	103.95
Ungarische Kronenrente	100.10	100.10
5% Italienische Rente	94.30	94.45
6% Mexikaner	97.60	97.60
Oesterreichische Kreditaktien	308.—	308 1/2
Diskontokommandittheile	202.90	204.50
Staatsbahn	292 1/2	291 1/2
Bombarden	71 1/2	71 1/2
Gotthard	149.50	148.—
Nordost	105.—	100.60
Laura	182.—	188.10
Bochumer	197.—	196.50
Gelsenkirchener	176.70	177.90
Sarpener	174.10	175.75
Badische Anilin	469.90	470.—
Türkenlohe	35.70	35.50

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 25. Februar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag den Vortrag des Geheimraths Dr. Buchenberger entgegen. Nachmittags hörte Höchstselbe die Vorträge des Majors von Pannwitz, des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo und des Legationssekretärs Dr. Seyb.

* (Großh. Hoftheater.) Am Freitag den 4. März wird neuentstehend Opern „Julius Cäsar“ in Scene gehen. Die Hauptrollen liegen in den Händen von Heinrich Reiff (Cäsar), Fritz Herz (Marc Anton), Josef Mark (Brutus), Wilhelm Wassermann (Cassius), Wilhelm Kempf (Gaius). Am Montag den 28. Februar wird „Fedora“ für Abtheilung B. gegeben werden. Die Oper bringt am Dienstag den 1. März, „Die Legende von der heiligen Elisabeth“, am Donnerstag den 3. März, „Der Barbier von Sevilla“, am Samstag den 5. März, „Robespierre“, am Sonntag den 6. März, „Don Pasquale“ mit dem Ballet „Die Puppenfee“.

* (Kaufmännischer Verein Karlsruhe.) Morgen, Samstag den 26. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, hält Herr Karl Emil Franzos im großen Rathhousaal einen Vortrag über „Sogol und Turgenjew“.

* (Monatsblätter des Badischen Schwarzwaldvereins.) Am 1. April dieses Jahres wird die erste Nummer der „Monatsblätter des Badischen Schwarzwaldvereins“ zur Ausgabe gelangen und von da ab monatlich erscheinen. Bei dem großen Vereine (Mitgliederzahl nahezu 7000) war ein Vereinsorgan schon längst ein Bedürfnis und diesem zu genügen wurde die Herausgabe der Vereinszeitschrift beschlossen. Die Mitglieder erhalten dieselbe kostenfrei und unmittelbar durch die Post zugefandt. Diesen Monatsblättern wird auch ein Anzeigenteil beigegeben. Die Geschäftsstelle der „Monatsblätter des Badischen Schwarzwaldvereins“ (Druck- und Verlagsanstalt) vormals Dölter & Co. in Emmendingen erteilt gewünschte Auskunft.

§ (Stellung der Strafkammer III vom 23. Februar.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dirr. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Grosch. Von der Anklage wegen Verbrechen gegen § 176 R. St. G. B. wurde der Einkassierer Johann Karl Briel aus Boderode, hier mochnast, freigesprochen.

In der Anlagelache gegen den Landwirth Bernhard Heck aus Lichtenthal wegen Urkundenfälschung erkannte der Gerichtshof ebenfalls auf Freisprechung.

Wegen Diebstahls hatte sich der 17 Jahre alte Tagelöhner Johann Böller in Königsdorf zu verantworten. Böller, der schon wegen Diebstahls verurtheilt ist, erhielt drei Monate Gefängnis.

* Mannheim, 24. Febr. Der Aufsichtsrath der Badischen Bank in Mannheim hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, der am 5. April d. J. stattfindenden Generalversammlung der Bank die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. = 18 M. per Aktie für das verfloßene Geschäftsjahr in Vorschlag zu bringen.

* Heidelberg, 25. Febr. Gestern Abend brachte die hiesige Studentenchaft dem scheidenden und dem neugewählten Prorektor den üblichen Fackelzug dar. Der Ertere, Geh. Hofrath Professor G. Meyer, hob die Fackel des Großherzogs und der Regierung für die Univerität hervor, die sich eben erst in der Vorlage, betreffend den Neubau eines Bibliotheksgebäudes und betreffend die Errichtung eines Landgerichts hier selbst, befunden habe, und brachte auf den Rector magnificus, Seine Königliche Hoheit den Großherzog, ein Hoch aus. Geh. Hofrath Professor Kehler brachte ein Hoch auf die Alma mater Ruperto-Carola aus.

* Aus dem Wicenthal, 24. Febr. Die Vorschuhbank in Vrrach hat das Jahr 1897 als ein sehr günstiges zu verzeichnen. Der Geschäftsumsatz befiert sich auf 131 Millionen Mark. Die Bilanzsumme in Aktiven und Passiven beträgt 4 606 000 M. Der Reservefond konnte bis zur statutenmäßigen Höhe von 466 000 M. ergänzt werden. Die Einnahmen und Ausgaben bilanziren mit 65 682 000 M. Die Zahl der Mitglieder ist auf 1452 angewachsen. Die Dividenden belaufen sich auf 7 Proz. — Ebenfalls wird am 23. Mal die Tagung des Verbandes der Schwarzwaldvereine stattfinden; auch steht für den Sommer die Landesfeuerwehr-Versammlung bevor, wozu schon jetzt Vorbereitungen getroffen werden.

** Landwirtschaftliche Versprechungen und Versammlungen.

Sonntag 27. Febr.: Landwirtschaftliche Versprechungen in Markdorf, Altschbach, Kufingen, Berau, Schenckzell, Walterdingen, Hessehuth, Langenbrücken, Hilsbach und Uffingheim; Versammlung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins in Markdorf; Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Konsumvereins in Griesen.

Donnerstag 3. März: Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Kreditvereins in Kiedlingen; Generalversammlung des Ländlichen Kreditvereins in Hochstetten.
Sonntag 6. März: Landwirtschaftliche Besprechungen in Rärzell und Bretten; Generalversammlung des Ländlichen Kreditvereins in Herbolzheim; Generalversammlung der Darlehnskasse in Käferthal.
Dienstag 8. März: Generalversammlung des Ländlichen Kreditvereins in Neckesheim.
Sonntag 13. März: Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Konsumvereins in Zeuthen.

Badischer Landtag.

43. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer
am Freitag, den 25. Februar 1898.
(Vorläufiger Bericht.)

In der heutigen Sitzung wurde die Generaldebatte über Titel XVI der Ausgaben und VII der Einnahmen des Budgets des Groß- Ministeriums des Innern (Landwirtschaft) zum Abschluss gebracht.

An der fünfstündigen Debatte beteiligten sich: Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Dr. Eisenlohr, und Ministerialrath Dr. Krens, sowie die Abgg. Hug, Neudeck, Pfleger, Fluge, Biermann, Febr. v. Stockhorner, Wampel, Dr. Blantzenhorn, Piisterer, Gek, Wacker und Frank.

Nächste Sitzung: Samstag, 26. Februar, Vormittags 9 Uhr.

* **Karlsruhe, 25. Febr.** 44. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 26. Februar 1898, Vormittags 9 Uhr:

1. Anzeige neuer Eingaben.
2. Fortsetzung der Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Groß- Ministeriums des Innern für 1898/99 Titel XVI der Ausgaben, Titel VII der Einnahmen (Landwirtschaft), Berichterstatter: Abg. Frank, und damit in Verbindung zu § 36 des Budgets: Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Bitte des Verwaltungsraths der Zentralschule in Brombach um Bewilligung eines Staatsbeitrags. Berichterstatter: Abg. Neuwirth.

Deutscher Reichstag.

* **Berlin, 24. Februar.**

Präsident v. Baul eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min. Erste Beratung des vom Abg. Schneider eingebrachten Gesetzesentwurfs betreffend die eingetragenen Berufsvereine.

Abg. Schneider (Freis. Volksp.) befürwortet seinen Antrag, der in 32 Paragraphen die Rechte und Pflichten der Mitglieder und die Vereinigung mehrerer Berufsvereine zu einem Verbande behandelt. Redner wendet sich zunächst gegen die Ausführungen Stumm gegen die Berufsvereine in früheren Sitzungen. Die industriellen Arbeiter insbesondere, so auch die Arbeiter der Fabrikinspektoren erfolgreich sei und daß ihre wirtschaftlichen Interessen gewahrt würden. Redner verweist auf die großen Erfolge der englischen Vereine, die übrigens nicht lediglich Streikvereine seien. Die einschlägigen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs seien in den Gesetzesentwurf hineingearbeitet worden. Der gleichzeitig eingebrachte Antrag des Centrums sehe diese Bestimmungen als bekannt voraus, untersehe sich übrigens nicht wesentlich von dem des Redners.

Abg. Spahn (Centrum) befürwortet den gleichfalls zur Debatte stehenden Gesetzesentwurf des Abg. Lieber und Genossen über die eingetragenen Berufsvereine, welcher in sieben Paragraphen die Materie behandelt. Redner geht kurz auf die Abweichungen des Entwurfs von dem Antrag Schneider ein und weist auf die Angliederung des Entwurfs an das Bürgerliche Gesetzbuch hin.

Abg. Febr. v. Stumm (Reichsp.): Nach dem Entwurf des Abg. Schneider könne jeder politische Verein unter der Rubrik Berufsvereine eingetragt werden. Vollends werde in demselben auch das Koalitionsverbot aufgehoben. Der Entwurf widerspreche dem Bürgerlichen Gesetzbuch, wonach die Rechtsfähigkeit der religiösen, politischen und sozial-politischen Vereine an die Zustimmung der Behörden gebunden sei. Wohin sollte es führen, wenn man Stück für Stück von dem Bürgerlichen Gesetzbuch abdrückelt? Wegen eine gemeinliche Organisation von Arbeitgebern und Arbeitern sei Redner nicht gewillt. Er habe eine solche selbst eingeführt und seine Arbeiterauschüsse wiederholt einberufen. Die Gewerkschaften riefen eine Gegenorganisation der Arbeitgeber hervor. Zur Ausführung der Kaiserlichen Erlasse gebühre Rücksicht. Diese zeige, daß ein Schutz williger Arbeiter gegen Kollegen nötiger sei, als ein Schutz der Arbeiter gegen die Arbeitgeber. Die Gewerkschaften seien nichts als Hilfsvereine der Sozialdemokratie.

Abg. Rösche (bei keiner Fraktion) widerspricht dem Abg. v. Stumm. Man suche in der Regierung offenbar von den Kaiserlichen Erlässen bezüglich der Vertretung der Arbeiter durch Vertrauenspersonen möglichst abzukommen nach dem Austritte des Herrn v. Bielefeld, trotzdem die Erlasse doch aus der eigenen Initiative des Kaisers hervorgegangen seien. Gelegentlich des Berliner Bierboikotts habe man geregelte Arbeitervertretungen schwer vermisst. Ausschreitungen bei Streiks seien bei unorganisierten Arbeitermassen viel wahrnehmlicher als bei organisierten. Uebrigens wären die Interessen aller Arbeiter durchaus nicht die gleichen.

Die Diskussion wird geschlossen.
Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. v. Stumm (Reichsp.), Rösche (b. l. Fr.), v. Stumm (Reichsp.).
Dabei verlegt sich das Haus auf morgen 10 Uhr.
Zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen; Beratung der Anträge Kinteln und Lengmann, betreffend die Entschädigung ungeschuldig Verurtheilter.

* Zu den Vorgängen in Ostasien.

(Telegramm.)

* **Singapore, 25. Febr.** Prinz Heinrich von Preußen begab sich gestern Vormittag in Admiralsuniform an Land. Nach einem Besuch beim Generalgouverneur fuhr der Prinz nach dem Palaste, wo er frühstückte und Johann das Konfularcorps empfing. Hierauf begab sich der Prinz nach dem Regierungsgedäude zurück. Später erschien derselbe beim Empfange

der Gemahlin des Gouverneurs, Lady Mitchell, und speiste mit dem Gouverneur zu Abend. Sodann nahm der Prinz an einer von dem hiesigen Leutonia-Klub veranstalteten Festlichkeit statt.

Neuere Nachrichten und Telegramme.

* **Berlin, 25. Febr.** Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz betreffend die Aufhebung der Kauptionspflicht der Reichsbeamten.

* **Paris, 24. Febr.** Viviani beantragt Amnestie anlässlich der Unruhen in Algerien und verlangt die Dringlichkeit dieses Antrages. Der Justizminister erklärt, die Amnestie wäre ein Akt der Schwäche. Die Schuldigen würden bestraft. Die Dringlichkeit wurde mit 377 gegen 104 Stimmen abgelehnt.

* **London, 24. Febr.** (Oberhaus.) Montague richtet die Frage an die Regierung, ob sie alle Anstrengungen mache, um die baldige Zahlung der Kriegsschuldigung an die Türkei herbeizuführen, sobald die Räumung Thessaliens beschleunigt werde. Hierauf erwidert Salisbury, es sei der diplomatische Stand der Angelegenheit der folgende: Die Türkei habe sich verpflichtet, Thessalien zu räumen, sobald die Anleihe zur Bezahlung der Kriegsschuldigung in gehöriger Form publiziert sei. Letzteres sei noch nicht geschehen. England, Frankreich und Russland hätten sich bereit erklärt, einen beträchtlichen Betrag der Anleihe zu garantieren, doch sei dies eine Geschäftsangelegenheit, die der Erörterung mancher Vorkehrungen bedürfe, um die Anschauungen der Mächte in Einklang zu bringen, so daß die Garantie wirksam sein könnte. Er glaube, die Garantie sei auf dem Punkte, wirksam zu werden, und er hoffe, die Emission der Anleihe werde ein schnelles Ereigniß zeitigen, sobald die Anleihe ausgegeben sei. Er zweifle nicht, daß die Kriegsschuldigung gezahlt werde.

* **London, 24. Febr.** (Unterhaus.) Unterstaatssekretär des Äußern, Curzon, erklärt auf Anfrage, die von der russischen Regierung hinsichtlich der freien offenen Häfen gegebene Zusage sei in einem Schreiben an ihn mitgeteilt worden. Von der Zusage habe er Kenntnis genommen. Murawiew drückte in dieser Note sein großes Erstaunen aus über die Unruhe in England, sowohl in der Presse wie in amtlichen Kreisen, über die letzten Ereignisse in China, wo die englischen und russischen Interessen nicht ernstlich in Widerspruch kommen könnten. Verschiedene englische Staatsmänner hätten als vollkommen natürlich anerkannt, daß Russland an den Nordküsten des Stillen Ozeans ein Ausfallthor für den Handel haben müsse. Jeder derartige Hafen solle für die Schiffe aller großen Mächte offen sein wie auch andere Häfen am chinesischen Festlande. Ein solcher Hafen würde offen sein für den Handel der ganzen Welt. England, dessen Handelsinteressen in dieser Beziehung so bedeutend seien, werde an den daraus erwachsenden Vorteilen theilnehmen.

* **London, 25. Febr.** Unterhaus. Das Unterhaus begann gestern die Beratung über ein Nachtragsgesetz von 161 000 Pfund Sterling für den Colonialdienst in Afrika. Chamberlain erklärte, England besitze keine Kolonien in Westafrika nach dem Innern Afrikas aus, es sei in Folge dessen unbedingt notwendig, eine Schutztruppe zu schaffen. Chamberlain vertrat die Ansicht, England hätte in Westafrika eine vorläufige Haltung gegenüber Frankreich beobachten sollen. Dillon erhebt Einspruch dagegen, daß Chamberlain die Telegramme aus Westafrika verlesen habe. Hierdurch sei Großbritannien in Aufregung versetzt worden und in Frankreich sei Erbitterung hervorgerufen worden. Chamberlain erklärt, die Zeit, völlige Klärung über die Verhandlungen mit Frankreich zu geben, welche noch fortzuwarten, sei noch nicht gekommen. Er sei mit Frankreich übereingekommen, bis zum Abschluss der Verhandlungen über dieselben nichts zu veröffentlichen. Ueber die Grenzfrage westlich vom Niger hätten sich Schwierigkeiten ergeben. Die Politik Englands habe darin bestanden, Einflusssphären zu erlangen, über die sich der Handel allmählich ausbreiten konnte. Andere Länder hätten aber durch militärische Expeditionen Eingriffe in die britische Einflusssphäre gemacht. Die Folgen davon sind gewesen, daß Sierra Leone und Gambien von der Verbindung mit dem Innern abgeschnitten seien. England sei gezwungen, eine Grenztruppe aufzustellen. Es sei wünschenswerth, gegenüber Frankreich eine vorläufige Haltung einzunehmen. Andererseits dürfe aber auch kein Eingriff in die schwer wiegenden Interessen Englands gestattet werden. Labouchere beantragt, die verlangte Summe nicht zu bewilligen. Der Antrag wird jedoch mit 234 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

* **Athen, 25. Febr.** Die Verhandlungen über die Anleihe sind durch die Vermittlung Russlands, Frankreichs und Englands beendet worden.

* **New-York, 25. Febr.** Obwohl die Behörden in Washington betonen, daß bezüglich der Untersuchung des Untergangs des Panzerschiffs „Maine“ noch kein endgiltiger Bericht vorliegt, schenkt man im Publikum den Nachrichten Glauben, daß die Explosion keine zufällige gewesen sei. An der New-Yorker Börse herrschte daraufhin eine fast panikartige Bewegung und die Kurse gingen allgemein beträchtlich zurück.

Verschiedenes.

† **Villach** (Kärnten), 25. Febr. (Telegr.) Durch den Niedergang einer Lawine bei Reichenstein ist der Verkehr auf der Eisenbahn zwischen den Stationen Erzberg und Eisenerz unterbrochen. Auch das Umsteigen der Reisenden ist verläufig unmöglich.

† **London, 25. Febr.** (Telegr.) Der deutsche Schooner „Serravallo“ strandete heute Vormittag auf den Scrooby-Sandbänken bei Yarmouth. Die Besatzung wurde gerettet.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Sonntag, 26. Febr. Abts. A. 44. Ab.-Vorst. (Meine Preise): „Jugendfreude“, Lustspiel in 4 Akten von Ludwig Fulda. Anfang 7 Uhr.

Sonntag, 27. Febr. Abts. B. 44. Ab.-Vorst. (Mittelpreise): „Die Reiterfinger von Nürnberg“ in 3 Akten von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr.

Familiennachrichten.

Zugang aus dem Parlsruher Standesbuch-Register.

Geburten. 18. Febr. Frieda, B.: Eduard Schulenburg, Photograph. — Waltherr Hermann, B.: Martin Wisniowski, Kontrolleur. — Anna, B.: Bernhard Jenide, Anstreicher. — 19. Febr. Anna Vertha Katharina, B.: Jakob Gutt, Diener. — Sofie Marie, B.: Adolf Siebler, Bahnhofsarbeiter. — 21. Febr. Karolina Anna Magda, B.: Georg Barth, Hotelier. — Wilhelm

August, B.: Jakob Rechner, Schlosser. — Karoline Luise, B.: Heinrich Schuler, Güterbesitzer. — 22. Febr. Karl Leopold, B.: Josef Kull, Fabrikarbeiter. — Emilie Wilhelmine, B.: Konrad Bolt, Schneidermeister. — 23. Febr. Emil, B.: Lorenz Wiedemer, Schneider. — Vertha Amanda, B.: Karl Kaiser, Bleicher. — 24. Febr. Hulda Anna, B.: Fridor Stolz, Fuhrknecht.

Chaufgebote. 24. Febr. Leopold Edg von Walderhausen, Fabrikarbeiter hier, mit Christine Öbring von Zittersbach. — Andreas Kast von Grimmlingen, Hausburche hier, mit Rosine Feiz von Langenbeutingen. — Gustav Kunzmann von Emmendingen, Tagelöhner hier, mit Mathilde Kuhn von hier. — Adam Ditt von Mainz, Moosknecht hier, mit Charlotte Kähler von Westerburg. — August Heibrod von Gadderbaum, Schlosser hier, mit Frieda Landmesser von Bretten. — August Ringwald von Bergshausen, Schuhmacher hier, mit Engelina Häuber Witwe von Güttenbach. — Johann Westermann von Bäckig, Schreiner hier, mit Justine Herb von Langenalb. — Landolmus Henßler von Bälkersbach, Fabrikarbeiter hier, mit Florentine Damm von Bälkersbach.

Todesfälle. 23. Febr. Amalie, Wwe. von Kaufmann Albert Raff, 67 J. — Elsa, 3 M. 12 T., B.: Georg Weinreuter, Tagelöhner. — Auguste, Wwe. von Kaufmann Theodor Reinbold, 64 J. — 24. Febr. Johanna, Wwe. von Maurer Johann Uebel, 67 J. — Wilhelmine, Ehef. von Gerhard Brudmann, Werkzeugmacher, 40 J.

Wetterbericht des Centralbur. f. Meteorol. u. Hyd. v. 25. Febr. 1898.

Die Depression, welche gestern über Mitteldeutschland gelegen war, ist zwar abgezogen, doch sind zwei neue Minima erschienen, von welchen das eine nordwestlich von den britischen Inseln, das andere über der Helgoländer Bucht liegt; von dem letzteren erstreckt sich ein Ausläufer in südöstlicher Richtung bis nach Südbayern hin. Der nördliche Luftstrom, der nach der gestrigen Luftdruckverteilung erwartet werden durfte, ist daher nicht eingetreten und die Temperaturen sind nur unwesentlich gesunken. Das Wetter ist unbeständig und vielfach fällt Regen. Die heutige unregelmäßige Luftdruckverteilung läßt veränderliches Wetter erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Abol. Becht. mm	Beacht. seit in Pra.	Wind	Stimme
24. Nachts 9 U.	751.0	3.0	4.5	79	SE	heiter
25. Morgs. 7 U.	754.1	0.6	3.9	82	S	1)
25. Mittags. 2 U.	756.2	6.3	4.5	83	SW	wolfig

1) Relf.
Höchste Temperatur am 24. Febr. 6.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht -1.4.
Niederschlagsmenge des 24. Febr. 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 25. Febr.: 3.56 m.

Industrie, Handel und Verkehr.

* (Die Oberrheinische Bank) weist darauf hin, daß das Bezugsrecht auf die jungen Aktien der Bank (vgl. „Karlsruh. Ztg.“ Nr. 50) schleunigst auszuüben ist, da mit dem 28. Februar (nächsten Montag) die Frist zur Geldentbindung deselben erlischt.

Telegraphische Kursberichte.

vom 25. Februar 1898.

Frankfurt. (Anfangskurse.) Kreditaktien 307 1/2, Staatsbahn 292. — Lombard. 71 1/2, 3 1/2, Portugiesen 21.10, Ägypter —, Ungar. 103.80, Diskonto-Kommandit 204.50, Gotthardaktien 147.20, 3%, Mexikaner 25.—, 6%, Mexikaner 97.60, Ottomankommandit 111.—, Türkenloose 35.40, Italiener 94.30. Tendenz: fest.

Frankfurt. (Schlußkurse.) Wechsel Amsterdam 169.42, Wechsel London 204.40, Paris 80.90, Wien 170.05, Italien 76.80, Privatdiskont 2 1/2, Napoleons 16.20, 4%, Deutsche Reichsanleihe 104.05, 3%, Deutsche Reichsanleihe 97.40, 4%, Preuß. Konsole 103.80, 4 1/2, 3 1/2, abg.) Baden in Gulden 101.—, 4 1/2, 3 1/2, abg.) Baden in M. 102.25, 3 1/2, Baden in M. 103.80, 3%, Baden in M. v. 1896 97.05, 4%, Monopolgriechen 41.50, 3%, Italiener 94.30, Dester. Goldrente 104.35, Dester. Silberrente 87.10, Dester. Loose v. 1860 125.80, Portugiesen 32.20, Neue 4%, Russen 68.20, 4%, Serben 62.95, Spanier 60.20, Türkenloose 35.35, 1%, D.-Türken 22.20, 4%, Ungar. Goldr. 104.—, Ang. Kronenrente 100.15, 5%, Argentinier —, 5%, Chinesen 101.80, 6%, Mexikaner 97.50, 5%, Mexikaner 95.—, 3%, Mexik. 24.90, Berliner Handelsgesellschaft 171.90, Darmstädter Bank 168.70, Deutsche Bank 208.20, Dresdener Bank 164.—, Badische Bank 118.—, Rhein. Kreditbank 137 1/2, Rhein. Hypothekbank 171.—, Pfälz. Hypothekbank 168.70, Dester. Länderbank 185 1/2, Wiener Bankverein 225 1/2, Ottomankommandit 110.70, Mainzer —, Gelsenkirchen —, Schweizer Centralbank 137.10, Schweizer Nordostbahn 100.50, Schweizer Union 75.70, Jura-Simplon 84.—, Mittelmeerbahn 96.40, Meridionalbank 137.—, Badische Zuckerfabrik 54.—, Harpener 175.75, Nordb. Lloyd 114.—, Paderfahrt 115.—, Gröner Maschinenfabrik 239.90, Karlsruhe Maschinenfabrik 196.—, North Bröner 61.60, A. G. 280.—, Schudert 265.70, (2 1/2, Uhr.) Kreditaktien 308 1/2, Diskonto-Kommandit 205.—, Staatsbahn 292 1/2, Lombarden 71 1/2. Tendenz: fest.

Frankfurt. (Kurse von 2 1/2, Uhr Nachm.) Kreditaktien 308 1/2, Diskonto-Kommandit 205.10, Staatsbahn 292 1/2, Lombarden 71 1/2. Tendenz: fest.

Frankfurt. (Abendkurse.) Kreditaktien 308.—, Diskonto-Kommandit 205.10, Staatsbahn 292 1/2, Lombarden 71.—, Gelsenkirchen —, Harpener —, Laurahütte —, Türkenloose —, 6%, Mexikaner —, Jura Simplon 84.30, Italiener 94.—. Tendenz: fest.

Berlin. (Anfangskurse.) Kreditaktien 228.80, Diskonto-Kommandit 204.60, Deutsche Bank 208.10, Berliner Handelsges. 172.60, Bochumer Gußst. 196.20, Laurahütte 182.70, Harpener 174.90, Dortmund 96.70. Tendenz: behauptet.

Berlin. (Schlußk.) 4%, Reichsanl. 104.—, G., 3%, Reichsanl. 97.30, 4%, Preuß. Konsole 103.90, Dester. Kredit 229.—, Diskonto-Kommandit 205.10, Dresdener Bank 164.10, Nationalbank für Deutschland 156.10, Bochumer Gußstahl 196.80, Gelsenkirchen Bergwerk 177.10, Laurahütte 182.70, Harpener 175.70, Dortmund 96.90, A. G. 280.—, Schudert 265.—, Dynamit Trupp 177.50, Rhein-Nachweiser Pulverfabr. 228.75, Deutsche Metallwarenfabrik 340.—, Staatsbahn 143.70, Kanada-Pacific 76.—, Privatdiskonto 2 1/2.

Berlin. (Nachbörse. Schluß.) Diskonto-Kommandit 205.20, Deutsche Bank 208.60, Dortmund 96.90, Bochumer 197.20.

Wien. (Börse.) Kreditaktien 364.50, Staatsbahn 337.20, Lombarden —, Marknoten 58.80, 4 1/2, Ung. Gold. 122.30, Papierrente 102.55, Dester. Kronenrente 102.80, Länderbank 217.50, Ungar. Kronenrente 99.50. Tendenz: still.

Paris. (Anfangskurse.) 3%, Rente 103.80, Spanier 60 1/2, Türken 22.60, 3%, Italiener 94.72, Ottomanbank 560.—, Rio Tinto 727.—. Tendenz: —.

Paris. (Schlußkurse.) 3%, Rente 103.67, 3%, Portugiesen 20.—, Spanier 60.—, Türken 22.55, Ottomanbank 557.—, Rio Tinto 717.—, Banque de Paris 931.—, Italiener 94.45, Debeers 791.—, Robinson 211.—. Tendenz: träge.

London. (Schlußkurse.) Deeders 29 1/2, Charterred 2 1/2, Goldfields 4 1/2, Randfontein 1 1/2, Caltrand 4 1/2, 6%, Argentinier (innere) 31.65, Atchafon Top 29.—, Louisb. Kasch. 56 1/2.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

